



Projektland: Peru

Quartal: April bis Juni 2010

Schlagzeilen:

EU-Lateinamerika Gipfel in Madrid

Peruanische Regierung verzögert die Verabschiedung des Gesetzes zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker

Vorübergehende Freistellung der beiden Generalsekretäre der APRA aufgrund von Korruptionsfällen

Besuchsbeschränkung für Fujimori

Anschlag von Sendero Luminoso mit 3 Toten

Studie der Vereinten Nationen zur menschlichen Entwicklung

Armutssenkung

EU-Lateinamerika Gipfel

Auf dem 4. Gipfeltreffen der Europäischen Union und Lateinamerika wurde in Madrid ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen für die nächsten 2 Jahre verabschiedet (Schwerpunkte Umweltschutz, Klimawandel und Energie). Ferner einigten sich die 33 Staats- und Regierungschefs aus den lateinamerikanischen Staaten und der Karibik sowie 27 Vertreter der EU auf die Gründung einer EU-Lateinamerika/Karibik-Stiftung (EU-LAK-Stiftung). Die Stiftung soll Strategien entwickeln, um die bilaterale Partnerschaft voranzubringen und im Besonderen die Einbindung der Zivilgesellschaft in der Zusammenarbeit zu verbessern.

Peruanische Regierung verzögert die Verabschiedung des Gesetzes zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker

Bereits im Mai 2010 wurde das Gesetz vom peruanischen Kongress zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker verabschiedet, jedoch mit Abänderungen des Originals des Gesetzesentwurfes: Dies führte zum Einspruch der Indigenen Völker und verschiedener Organisationen, da das Mitspracherecht der Indigenen Völker durch die Änderungen eingeschränkt werde. Der peruanische Präsident Alan García gab das Gesetz am 22. Juni 2010 wieder an den Kongress zurück mit dem Einwand, dass Änderungen notwendig seien, denn der Staat dürfe nicht in Entscheidungen eingeschränkt werden, die das Interesse der gesamten Bevölkerung betreffe. Nach Ansicht des peruanischen Präsidenten stärkt das Gesetz partikuläre Interessen der Indigenen Völker, die denen der Regierung entgegenstehen. Der 22. Juni war der Stichtag, an dem Alan García das Gesetz hätte unterschreiben müssen. Die definitive Verabschiedung des Gesetzes wird somit vertagt werden. Viele Kongressabgeordnete (z.B. auch von Unidad Nacional) sprechen sich für eine baldige Aufnahme des Dialoges mit den Indigenen Völkern aus, damit das Gesetz definitiv

verabschiedet wird, wie es die ILO-Konvention 169 verlangt. In dem Gesetz sollen die Indigenen Völker in Peru auf lokaler und regionaler Ebene vorab konsultiert werden wie es der Artikel 6.1 der ILO-Konvention 169 (ILO = International Labour Organisation; Internationale Arbeitsorganisation) vorsieht. In dem Gesetz werden sieben Etappen des Konsultationsprozesses beschrieben, die eingehalten werden müssen: Nach der Festlegung der Maßnahmen erfolgt die Identifizierung der in der Region betroffenen Indigenen Völker. Die festgelegten Maßnahmen werden veröffentlicht und von den Organisationen der betroffenen Indigenen Völkern in einer internen Evaluierung begutachtet. Erst nach diesen Prozessen erfolgt der Dialog zwischen Staat und den Indigenen Völkern, der zu der definitiven Entscheidung führen wird (z.B. ob ein Staudammprojekt etc.p.p. realisiert wird). Auch die Vereinten Nationen beobachteten die letzten Monate mit verstärkter Aufmerksamkeit die Diskussionen um den Gesetzesentwurf zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker in Peru, da Peru bereits vor 15 Jahren die Konvention 169 der ILO ratifiziert hatte, sie jedoch nicht anwandte. Dies führte zu sozialen Protesten, die im Juni 2009 zu massiven Ausschreitungen mit 33 Toten führte (siehe HSS-Quartalsbericht April bis Juni 2009). Gemäß internationalen Konventionen müssen die Indigenen Völker, deren Land bereits ohne Vorabkonsultation in Konzessionsblöcke aufgeteilt wurde, Entschädigungen erhalten. Bereits über 70 Prozent des peruanischen Amazonasgebiets ist in Öl- und Gas-Konzessionsblöcke aufgeteilt, die sich mit den Gebieten der indigenen Gemeinschaften, der Territorien isoliert lebender Indianer, den Waldreserven und anderen Schutzzonen überlappen. Von Bedeutung ist ferner, dass es Peru trotz des bis Ende 2008 anhaltenden Wirtschaftswachstums an einem verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen mangelt. Besonders die arme Bevölkerung (Landbevölkerung und indigene Gemeinschaften) ist prozentual gesehen am meisten von den massiven Umweltproblemen betroffen: Die Öl- und Gasförderung als auch illegaler Holzeinschlag hinterlassen große Schäden in der Natur. Die Konflikte zwischen der Zivilgesellschaft inklusive indigener Gemeinschaften und dem Staat sowie Wirtschaftsunternehmen eskalieren um die Ausbeutung von Erdöl, Erdgas und anderen Bodenschätzen.

Die frühzeitige Verabschiedung des Gesetzes im Mai 2010 ist ein Teilerfolg, der u.a. durch die Sensibilisierungsarbeit im Kongress durch den Projektpartner der Hanns-Seidel-Stiftung, dem Instituto de Defensa Legal (IDL), herbeigeführt wurde. Durch die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung mit verschiedenen Zielgruppen zur Thematik der „Vorabkonsultation der Indigenen Völker“ und im Besonderen der Sensibilisierung von Juristen und politischen Akteuren im Kongress konnte eine vorzeitige Verabschiedung des Gesetzes erfolgen. Die Hanns-Seidel-Stiftung führt ein Projekt zur „Ausbildung von Repräsentanten der lokalen und regionalen Regierung, der Justiz und der Zivilgesellschaft im Bereich Umweltrecht und der Vorabkonsultation“ durch. Ziel des Projektes ist, Vertreter der lokalen und regionalen Regierung, der Justiz und der Zivilgesellschaft über die derzeit gültige Rechtslage im Umweltbereich und der Vorabkonsultation der indigenen Völker fortzubilden. Dadurch sollen Wissensdefizite über die Gültigkeit und Grenzen des nationalen Rechts und internationaler Konventionen abgebaut und der innergesellschaftliche Frieden in Peru gestärkt werden.

Freistellung der beiden APRA-Parteisekretäre

Aufgrund von Korruptionsverdachtsfällen gegen die erst vor 1,5 Monaten gewählten Generalsekretäre der Apra, Jorge del Castillo und Omar Quesada, rief Anfang Mai 2010 der peruanische Präsident Alan García zu zeitweiligem Amtsverzicht der beiden Generalsekretäre. Del Castillo musste bereits im Oktober 2008 aufgrund eines Abhörskandals in Zusammenhang mit der Vergabe von Öl-Konzessionen als Premierminister zurücktreten: Dieser Abhörskandal wird ihm nun wiederholt zum Verhängnis, da ihm vorgeworfen wird, dass er im Rahmen der Vergabe von Ölkonzessionen ein Appartement in dem Wohnviertel San Isidro (Lima) als Bestechung und somit Belohnung erhalten habe. Del Castillo wird vorgeworfen für den Erhalt dieser Appartements der Ölfirma Monterrico „einen Gefallen getan zu haben“. Da kürzlich erst versucht wurde, Beweismaterial der Öl-

Korruptionsfälle, zu vernichten, wird offensichtlich, dass der derzeitigen Regierung auch wenig daran liegt, die Korruptionsfälle schnell und komplett aufzuklären. Auch unter der Regierung von Fujimori und Toledo war die jeweilige Regierung oft „behilflich“, dass bestimmte Firmen bestimmte Konzessionen erhielten. Dem Generalsekretär Omar Quesada als Leiter der staatlichen Behörde „Cofopri“ („Organismo de Formalización de la Propiedad Informal“) wird vorgeworfen, dass er Land zu einem lächerlichen Preis verkauft habe. Außer dem Leiter von Cofopri, Omar Quesada, werden noch 12 Funktionäre von Cofopri der Korruption verdächtigt: Ihnen wird vorgeworfen unrechtmäßig Land südlich von Lima verkauft zu haben. Mittlerweile wurden 4 Funktionäre von Cofopri festgenommen. Der Vorschlag des peruanischen Präsidenten, die Institution „Cofopri“ nicht mehr zentral in Lima unter der Aufsicht des Ministeriums für Bauwesen („Ministerio de Vivienda“) zu führen, sondern diese Zuständigkeit an die Regionalregierungen zu delegieren - und somit zu dezentralisieren - führt in der öffentlichen Diskussion zu beißendem Spott: Die beigefügte Karikatur verdeutlicht, dass das Grundübel in Peru die Korruption ist, die man aber in diesem Fall nicht einfach durch eine Dezentralisierung lösen kann, da vermutet wird, dass man Korruptionsfälle in den weit abgelegenen Regionalregierungen erst recht gut vertuschen kann. Wichtig wäre die Einführung von verstärkten Kontrollmechanismen.



Dies zeigt nochmals den derzeitigen Regierungsstil Alan Garcías, der bei auftretenden Verdachtsfällen gegen Parteigenossen und hochrangige Politiker, diese lieber gleich vorübergehend aus dem Verkehr zieht. Vor den im Oktober 2010 stattfindenden Gemeinde- und Regionalwahlen auch ein geschickter Zug, damit der Ruf der Partei der APRA nicht noch weiter geschädigt wird. Ferner wird auch darüber spekuliert, dass es Alan García aus persönlichem Machtkalkül wichtiger ist, dass er bei den übernächsten Präsidentschaftswahlen in 2016 wieder an die Wahl kommt als dass die APRA bei den nächsten Wahlen an der Macht bleibt. Der Generalsekretär Quesada hatte einige Tage lang seinen Rücktritt verweigert bevor er dem Druck nachgegeben hat. Die Bischöfe ermahnten auf ihrer Konferenz (Conferencia Episcopal) die peruanische Regierung verstärkt gegen die Korruption vorzugehen. Sie hoben hervor, dass die illegale Verwendung von Staatsmitteln durch staatliche Instanzen gedämmt werden müsse, damit das Geld für den eigentlichen Zweck, nämlich für die Bevölkerung und im Besonderen die Armutsbekämpfung eingesetzt werde. Die erste Regierung Alan Garcías, die durch eine Hyperinflation gekennzeichnet war, wird in seiner jetzigen Amtszeit durch eine Hyperkorruption charakterisiert.

Besuchsbeschränkung für Fujimori

Der neue Justizminister lässt die Besuche im Gefängnis für Fujimori auf 15 Personen pro Tag beschränken: Die Wochenzeitschrift *Caretas* hatte aufgedeckt, dass wöchentlich Kombis mit Sympathisanten Fujimoris vor dem Gefängnis vorfahren, die dann als gesamte Gruppe von Fujimori empfangen werden. Nach der erst vor ca. 1 Jahr verhängten Strafe gegen den Ex-Staatschef ist der regelmäßige Empfang größerer Sympathisantengruppen mehr als skandalös, da diese Besuche zur gezielten politischen Kampagne genutzt werden können. Wie bekannt verkündete die Tochter Fujimoris, dass sie sich für die Freilassung ihres Vaters einsetzen werde, wenn ihre Partei „Fuerza 2011“ bei den Präsidentschaftswahlen 2011 im April 2011 gewinnen wird. Zurzeit (Stand Juni 2010) liegt die Partei „Fuerza 2011“ bei Umfragen an erster Stelle – Informationen zu den Präsidentschaftskandidaten siehe HSS-Bericht Januar bis März 2010).

INTENCIÓN DE VOTO Si mañana fueran las elecciones presidenciales del 2011 y se presentasen ... ¿por quién votaría? .

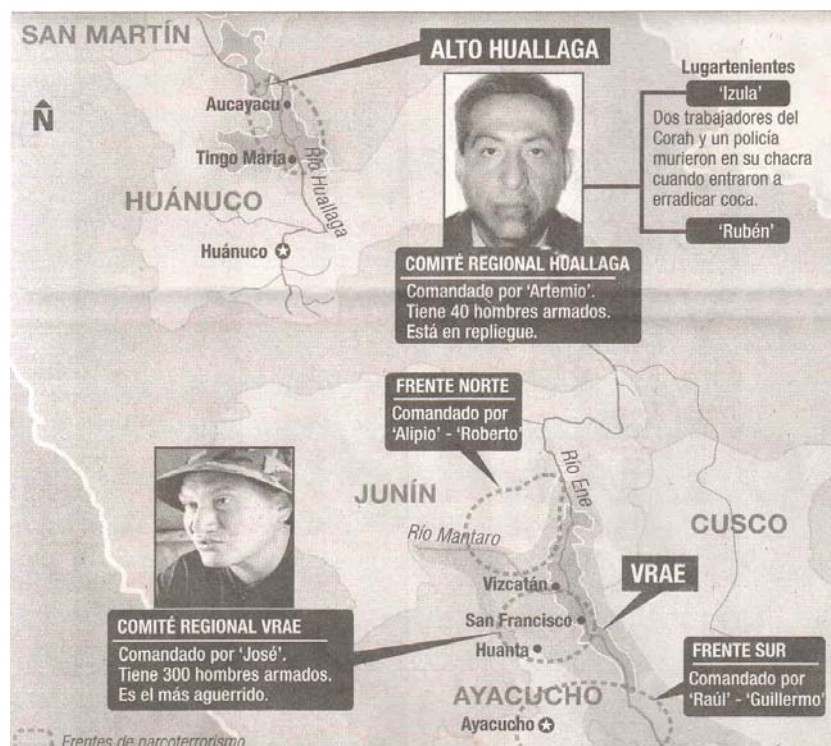
	LIMA	INTERIOR	POR NIVELES SOCIOECONÓMICOS				
			A	B	C	D	E
KEIKO FUJIMORI <i>por Fuerza 2011</i> 22%	23%	21%	16%	15%	19%	28%	22%
LUIS CASTAÑEDA <i>por Solidaridad Nacional</i> 21%	26%	16%	34%	28%	21%	18%	16%
OLLANTA HUMALA <i>por el Partido Nacionalista Peruano</i> 13%	9%	16%	2%	8%	13%	13%	20%
ALEJANDRO TOLEDO <i>por Perú Posible</i> 12%	13%	12%	19%	18%	14%	8%	13%
Jaime Bayly <i>por No nos Ganan</i> 4%	4%	3%	6%	5%	4%	3%	3%
Javier Velásquez Quesquén <i>por el Apra</i> 3%	2%	4%	1%	3%	3%	3%	2%
Pedro Pablo Kuczynski <i>por Coordinadora Nacional Independiente</i> 2%	3%	1%	10%	3%	2%	1%	1%
Otros 6%	5%	7%	8%	3%	8%	5%	7%
Bianco / Viciado 9%	8%	10%	4%	6%	8%	12%	10%
No precisa 8%	7%	10%	0%	11%	8%	9%	6%

Zeitung „El Comercio“, 20.06.2010

Anschlag von Sendero Luminoso mit 3 Toten

Am 27. April 2010 kamen bei einem terroristischen Anschlag des Sendero Luminoso 2 Arbeiter des Projektes Corah und ein Polizist ums Leben. Diese beiden letzten Attentate in der Region „Alto Huallaga“ und im VRAE (Hauptanbaugebiet von Drogen Perus – das Tal von VRAE = Valle de los ríos Apurímac y Ene) rufen in Erinnerung, dass es immer noch aktive Gruppen von Sendero Luminoso gibt, die an die Interessen des Narcoterrorismus geknüpft sind. Auch wenn die derzeitige Regierung durch zahlreiche Korruptionsskandale geschwächt ist, muss der Bedrohung durch Sendero Luminoso in Zusammenhang mit dem Drogenhandel Beachtung geschenkt werden und eine gezielte Strategie entwickelt werden. Bei dem Anschlag im „Alto Huallaga“ handelte es sich um die Verteidigung von Kokaanbauflächen: Das Projekt Corah („Control y Reducción de los cultivos de Coca en el Alto Huallaga“) hat zum Ziel, die Kokaanbauflächen in der Region Alto Huallaga zu reduzieren und damit zu vernichten. Die Polizei gewährt den Arbeitern des Projektes Corah während der gefährlichen Arbeit der Vernichtung der Kokaanbauflächen Schutz. Laut Angaben der Polizei gehörten die zuletzt vernichteten Kokaanbauflächen bekannten Drogenhändlern. Die Drogenhändler haben sich mit dem Anschlag für die Vernichtung ihrer Anbauflächen gerächt. Spezialisten einer Antidrogeneinheit sehen es als erwiesen an, dass der Terrorismus nur beseitigt werden kann, wenn auch der Drogenhandel bekämpft wird. Die Bevölkerung der Region ist eingeschüchtert, da es bei der Vernichtung von Kokafeldern immer wieder Tote und Verletzte gibt. Die nach wie vor offensichtlich fehlende Koordination zwischen dem Militär und der Polizei ist besorgniserregend. Trotz der Unterstützung durch US-amerikanische Spezialeinheiten wie z.B. die Narcotic Affairs Section (NAS) kann Peru

keinen nachhaltigen Rückgang der Koka-Anbauflächen vorweisen. Bereits im Jahr 2009 hatten ca. 200 Terroristen zwei Patrouillen des Militärs attackiert; dabei kamen 15 Militärs in dem Ort Sanabamba (Ayacucho) im VRAE ums Leben. Das VRAE umfasst ein Gebiet von 12.000 km² zwischen den Regionen von Ayacucho, Cusco und Junín und hat sich zur Nummer 1 der Kokaproduktion Perus entwickelt. Trotz der Drogenbekämpfung ist Peru mittlerweile der größte Kokaproduzent. Es ist bekannt, dass der peruanische Drogenmarkt zunehmend von mexikanischen Drogenkartellen beherrscht wird. Das Problem ist hierbei, dass die mexikanischen Kartelle viel aggressiver sind, da sie gezielt Auftragskiller einsetzen und der Waffenhandel zunimmt. Die Drogenmafia bedient sich der Route durch die Region Piura (Norden Perus), um die Drogen aus der Region Valle del Alto Huallaga und dem VRAE nach Ecuador und Europa zu befördern. Diese Route zeichnet sich durch spärliche Polizeikontrollen aus - im Vergleich zum vergleichsweise stärker kontrollierten Lima.



Veröffentlichung der Studie der Vereinigten Nationen zur menschlichen Entwicklung

Die Veröffentlichung der letzten Studie zur menschlichen Entwicklung 2009 („Desarrollo Humano“) in Peru orientierte sich an diversen Indikatoren wie z.B. Gesundheit, Bildung und Energie. Die Studie analysiert den Einfluss der Basisdienstleistungen auf die Lebensqualität oder den Index der menschlichen Entwicklung (Indice de Desarrollo Humana – IDH): Das Ergebnis zeigt die enorme Kluft zwischen den Städten und den Dörfern als auch zwischen Küste (costa), Bergregionen (sierra) und Dschungel (selva). Im Bereich Gesundheit ist der internationale Standard wenigstens 10 Ärzte pro 10.000 Einwohner: In Peru wird in 79 % der Provinzen noch nicht einmal das Minimum an Ärzten erreicht. In einigen Dörfern von Cusco und Puno gibt es keine 2 Ärzte für 10.000 Einwohner. Im Vergleich dazu gibt es in der Provinz von Lima 28 und in der Provinz von Ayacucho 32 Ärzte pro 10.000 Einwohner. Auch die Erziehung schneidet schlecht ab: Fast ein Drittel schließt noch nicht einmal die „Secundaria“ (vergleichbar mit der Grundschule) ab. Das Schlusslicht der Statistik bilden die von dem Terrorismus in den 80er- und 90er-Jahren besonders betroffenen Gebiete wie z.B. Ayacucho (nur 41,6% mit dem Abschluss der „Secundaria“) und Huancavelica (39,4 %). Von den Schulen haben auf nationaler Ebene nur ca. 50 % einen Trinkwasseranschluss, nur 70 % verfügen über Elektrizität und nur ein Drittel verfügt über Internetzugang. Die Haushalte

verfügen in städtischen Gebieten zu 88,5 % über Trinkwasser und in ländlichen Gebieten nur zu 32,5 %. Ein weiterer schockierender Aspekt: Ein Drittel der Provinzen erhalten weniger als die Hälfte der vorgesehenen staatlichen Basisdienstleistungen. Die Studie der Vereinten Nationen resümiert, dass die Zahlen alarmierend sind: Wegen der größtenteils nicht vorhandenen staatlichen Basisdienstleistungen kann auch der Index der menschlichen Entwicklung trotz des erneut gestiegenen Wirtschaftswachstums nicht verbessert werden. Die soziale Exklusion bleibt nach wie vor ein Dauerthema Perus.

Armutsreduzierung

Die Armut konnte laut dem Statistikinstitut INEI (Instituto Nacional de Estadística e Informática) um 1,4 Punkte (von 36,2 % auf 34,8 %) im Jahr 2009 gesenkt werden: Am meisten konnte die Armut in den Städten (um 2,4 %) gemindert werden, jedoch ist sie im ländlichen Bereich leicht gestiegen (0,5 %). Kritiker zweifeln an den Zahlen, da nach Übereinkunft von Ökonomen erst eine Armutsreduzierung bei einem Wirtschaftswachstum von 4 % erreicht werden kann und Peru lediglich ein Wirtschaftswachstum von 1,12 % in 2009 zu verzeichnen hatte.

Lima, den 9. Juli 2010

Bettina von Dungen